# Neuer Studiengang für islamische Sozialarbeit in Osnabrück

29. August 2016

Osnabrück (KNA) Ein bundesweit bislang einmaliger Teilstudiengang „Soziale Arbeit in der Migrationsgesellschaft“ wird an der Universität Osnabrück eingerichtet. Am Institut für Islamische Theologie (ITT) sollen junge Muslime für die Sozialarbeit unter anderem an den 2.500 Moscheegemeinden in Deutschland ausgebildet werden, wie die Hochschule am Freitag in Osnabrück bekanntgab. Die Bundesregierung fördert den Aufbau des zweiphasigen Studiums mit 2,9 Millionen Euro. Es umfasst neben Kernbereichen wie islamischer Theologie und interkultureller Bildung und Erziehung auch ein Anerkennungsjahr etwa im Gesundheitswesen, in der Jugendhilfe oder der Altenpflege. Die Einrichtung des Studiengangs sei nicht nur ein großer Erfolg für die Hochschule, sagte Universitätspräsident Wolfgang Lücke. Sie zeige auch, „inwieweit sich unser Institut für Islamische Theologie bundesweit einen herausragenden Namen erarbeitet hat“. Das ITT ist eines von vier islamischen Zentren, die von der Bundesregierung gefördert werden. Mit sieben Professuren und über 40 Mitarbeitern ist es das größte islamtheologische Institut Deutschlands. Das ITT war nach seiner Einrichtung von 2011 an vom Bundesforschungsministerium mit 3,3 Millionen Euro gefördert worden. Die neuerliche Zuweisung wird nach Worten von Projektleiterin Martina Blasberg-Kuhnke die Uni in die Lage versetzen, die Profilbildung der bekenntnisgebundenen islamischen Wissenschaften abzuschließen. Mit der Einrichtung des neuen Studiengangs ist auch eine Neustrukturierung verbunden. Der ITT-Institutsdirektor und islamische Theologe Bülent Ucar sowie sein Kollege Rauf Ceylan werden neben der katholischen Theologin Blasberg-Kuhnke die Projektleitung übernehmen. „Der Mangel an ausgebildetem Personal führt in den klassischen Handlungsfeldern der Wohlfahrtspflege dazu, dass die öffentliche Hand keine Zuschüsse gewährt“, erläuterte Ucar. Die gesetzlichen Anforderungen an die Helfer würden nicht erreicht. Regelförderung durch Länder und Kommunen sei nur durch den Einsatz von Fachkräften möglich. Zudem hätten verstärkt Wohlfahrtsverbände wie Caritas und Diakonie Bedarf an muslimischem Fachpersonal.

(KNA – qksmq-89-00042)

Stand: 17. November 2026